

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortl. Red. Bohnert 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Postfachkonto 10000

Die einpaltige Hauptausgabe
40 Pfennig, Restausgabe 5.— Reich-
mark. „Kleine Angelegen“ das letz-
gebundene Wort 25 Pfennig (jeweils zwei
seitgebundene Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Streifenbeleg das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsnach-
weise 60 Pfennig. Nummernanzeigen für
Abonnement 40 Pfennig. Anzeigen
annahme im Hauptgebäude: Ein-
straße 2, wochentägig, von 8 bis 12 Uhr.

Kampf um den Panzerkreuzer.

Genosse Otto Wels begründet den sozialdemokratischen Antrag.

Groener für den Panzerkreuzer. — Heute Abstimmung.

Im Kampf um den Panzerkreuzer A fällt heute die Ent-
scheidung. Gestern hat Genosse Otto Wels die Forderung
der Sozialdemokratie, den Panzerbau einzustellen, begründet.
Seine Rede hat allen Parteien, außer der Sozialdemokratie,
nicht wohl in den Ohren gelungen. Die Stimme der
schonungslosen Wahrheit und der Mahnung zur Verantwort-
lichkeit wird niemals gern gehört.

Selten hat ein Redner so sehr vom Börm umbrandet
gesprochen wie gestern Otto Wels. Börm bei den Deutsch-
nationalen und Völkischen, Börm bei den Kommuni-
stischen. In die Adresse der Deutschnationalen ging die
Mahnung von Otto Wels, das Panzerschiff nicht auf der
Grundlage der Rot und des Glends der deutschen Arbeiter
zu bauen, der Vorschlag, die Kosten durch einen Wehrbeitrag
zu decken. „Bezahlt es doch aus den
Böhmertöhungen!“ rief der christlich-nationale Land-
führer v. Sobel. Die Kommunisten schrien am
lautesten, als Otto Wels eindringlich die Not in den deutschen
Landesgebieten schilderte — die Verantwortungslosen ganz
rechts und ganz links wollten die Mahnung zur Verantwort-
lichkeit nicht hören.

Mahnung zur Verantwortlichkeit gegen
über dem Volke — das war der Inhalt dieser Rede des
Genossen Otto Wels, wie es der Sinn des sozialdemokratischen
Antrages ist. Die Sozialdemokratie verfolgt zwei große Ge-
sichtspunkte mit ihrem Antrag: den Willen des Volkes
zu vollziehen, der sich am 20. Mai fundiert hat, die Panzer-
kreuzerfrage zu entscheiden gemäß der Lage des deut-
schen Reichshaushalts, der auf dem Notstand des
Volkes aufbaut ist. So erstand aus der Rede des Ge-
nossen Otto Wels das Bild Deutschlands von heute, so wie
es wirklich ist, das Bild des leidenden, hungernden, schwer
ringenden Deutschland, mit seinen Arbeitslosenheeren, seinen
Landesgebieten, seiner Not. Dies Bild denen vor Augen zu
stellen, die heute noch illusionären Machtträumen der Ver-
antwortungslosen nachgogen, und denen, die heute noch am Panzer-
bau festhalten — das war der Zweck seiner Rede.

Die Aufrollung dieses Bildes hat nicht nur den Börm
der Verantwortungslosen hervorgerufen, sie hat tiefe
innere Unruhe in den Reihen der Volkspartei,
des Zentrums, der Demokraten verursacht. Es
war die Stimme des Volkes, ausgesprochen von einem
Manne, der mit dem Volke fühlt und denkt, schlicht, grad-
linig, voll tiefen menschlichen Gefühls und voll tiefen Emp-
findens für das, was gerecht ist. Er hat das wahre Deutsch-
land gezeigt, schonungslos, schroff, un sentimental und un-
erbittlich.

Diese Rede hat die Mittelparteien erschreckt — die Wahr-
heit erschreckt oftmals Sie hat ihnen gezeigt, daß die Sozial-
demokratie nicht ein Scheingefecht führt um einen Demo-
kratischen Antrag, sondern einen überaus ernsten Kampf um
ihren Antrag, der aus ihrem sozialen Verantwortlichkeits-
gefühl und aus ihrer tiefen Verbundenheit mit dem Fühlen
und der Not des Volkes geboren ist. Nach dieser Rede
wachsen neue Krisengerichte auf. Regierungskrise,
weil die Sozialdemokratie mit großem Ernst zu soziale
Verantwortungsbewußtsein mahnt? Lauter
als die unerbittlich wahrhaftige Rede von Wels sollten die
vorliegenden Zustände in Deutschland dazu mahnen — und diese
Zustände sind die Grundlage, auf der sich die deutsche Politik
kommenden Jahre vollziehen muß! Die gestern im
Reichstag nach der Rede von Wels Krisengespräche führten,
wären ihre Blicke mit Otto Wels über die Mauern des
Reichstags hinaus auf das deutsche Volk richten, wenn ihnen
Blick auf den kommenden Reichshaushalt noch nicht ge-
nug sagt!

Herr Groener hat den Panzerbau mit streng mili-
tär-technischen Argumenten begründet, losgelöst von der
amtlichen Komposition im Osten Deutschlands durch und
überließ die Rolle, die der neue Panzerkreuzer dabei zu
spielen hätte. Seine Argumente sind selbst von Fachleuten
kritisiert, aber hinter den technisch-militärischen Argumenten
steht ein anderes, das weit stärker wirkt, namentlich auf
den Mittelparteien. Die offene Ankündigung, daß er bei der
Annahme des sozialdemokratischen Antrages demissionieren
wird. Er hat für seine Person die Kabinettsfrage gestellt.
Herr Treviranus, der deutschnationalen Redner,
vom Wehrgeheimen, wie sich ihn die Deutschnationalen

vorstellen, von der notwendigen Bereitschaft zum Opfertod,
und Herr Heckerl hielt die übliche hagerfüllte kommuni-
stische Rede gegen die Sozialdemokratie.

Der Reichstanzler, Genosse Hermann Müller,
legte zunächst in seiner Erklärung dar, daß der Beschluß des
Kabinetts vom 10. August keine materielle Stellungnahme
der Minister in sich geschlossen habe; im Anschluß an die Aus-
führungen des deutschnationalen Redners legte er seinen
eigenen Standpunkt dar: eine wirkungsvolle Mahnung an
alle, die von Krise reden, daß die Sozialdemokratische Partei
fest geschlossen ohne Ausnahme in einen notwendigen Wahl-
kampf gehen werde, so wie sie einheitlich für den Antrag
gegen den Panzerkreuzer stimmen werde. Graf Westarp,
der Führer der Deutschnationalen, fuhr empor, das Wort
Unehrlichkeit fiel. Messerscharf kam die Antwort: „Eine
Partei, die eine Dames-Abstimmung in ihrer Geschichte hat,
hat kein Recht, von Unehrlichkeit zu reden.“ Und die zweite
Antwort an den Grafen Westarp wie an alle, die den Panzer-
kreuzer zum Schutz Ostpreußens fordern: Schutz Ostpreußens
ja wohl, aber nicht durch Schiffe, sondern durch deutsche
Bauern, durch aktive Kultur- und Siedlungs-
politik!

Nicht Kriegsschiffbauten, sondern Sorge um das Ge-
samtwohl Deutschlands, um die Lage seiner arbeitenden und
leidenden Massen, um die strengste Sparlichkeit und Zweck-
mäßigkeit in der Verwendung seiner staatlichen Mittel — das
ist die Mahnung der Sozialdemokratie. Es ist eine Mahnung
zur Verantwortlichkeit.

Die Demokraten zur Panzerschiff-Frage. Ein eigener Antrag.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Fraktions-
sitzung vom Donnerstag beschlossen, gegen den sozialdemo-
kratischen Antrag in der Panzerkreuzerfrage zu stimmen.

Die Fraktion hat sich weiterhin dahin entschieden, nachstehenden
eigenen Antrag einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu er-
suchen, ein in sich geschlossenes militärisch begründetes Ersatz-
bauprogramm für die ausfallenden Schiffe der Reichsmarine auf-
zustellen, das eine Ueberbrückung über die Bedeutung der Forderungen
für die Landesverteidigung und die finanzielle Tragweite ermög-
licht, und dieses Programm vor der Beschlußfassung über die zweite
Rate des Panzerkreuzers A dem Reichstage vorzulegen.“

Die Haltung des Zentrums. Abstimmung gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte
sich am Donnerstagabend nach der Beschlußfassung mit dem Verlauf der
Aussprache über den Panzerkreuzer-Bau. Es kam dabei allgemein
eine recht starke Mißstimmung über die Rede des sozialdemo-
kratischen Abg. Wels zum Ausdruck. Die Zentrumsfrak-
tion wird mit Ausnahme einiger Mitglieder, die sich der Stimme
enthalten werden, geschlossen gegen den Antrag der Sozial-
demokraten stimmen. Den Standpunkt des Zentrums wird
am Freitag voraussichtlich der Abg. Wirth vertreten.

Wissell im Kampfgebiet. Besprechungen in Düsseldorf. — Verhandlungen noch nicht wieder aufgenommen.

Düsseldorf, 15. November.

Die Besprechungen beim Regierungspräsidenten Bergemann in
Düsseldorf haben gleich nach dem Eintreffen des Reichsarbeits-
ministers Wissell eingeleitet. Zur Besprechung waren noch Ober-
landesgerichtsrat Jötten und Oberrichter Brieß, der
amtliche Schlichter für Dortmund, hinzugeladen. Auch Regie-
rungspräsident König-Krensberg war heute morgen in der
Düsseldorfer Regierung anwesend. Die Besprechungen zogen sich
über den ganzen Vormittag hin und wurden gegen 2 Uhr durch eine
Mittagspause unterbrochen.

Gewerkschaftsführer und auch die Arbeitgeber haben bisher noch
nicht wieder an den Verhandlungen teilgenommen.

Der Kampf im Reichstag.

Der Reichstag hat am Donnerstag nachmittag bei starker
Teilnahme seiner Mitglieder und des Tribünenpublikums die
Panzerkreuzerfrage begonnen. Es liegen vor der Antrag der
Sozialdemokraten auf Einstellung des Baus des Panzer-
kreuzers A, der Antrag der Kommunisten auf Zurückziehung der
ersten Rate und eine Interpellation der Kommunisten an die
Reichsregierung wegen des Baubeginns. Ein deutschnationaler An-
trag fordert die Regierung auf, zum Schutz der bedrohten Ostmark
alle Küstungsmöglichkeiten auszunutzen, die der Verfallener Frieden
erlaubt. Die Kommunisten verlangen, daß die Groenerische
Denkschrift zur Rechtfertigung der Erteilung von Bauaufträgen
über 32 Millionen Mark dem Reichstag vorgelegt werde.

Abg. Wels (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt: „Der
Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“ Das Reklamieren all der
Gründe, die uns zur Stellung dieses Antrages veranlaßt haben,
liegt letzten Endes in dem klar und unzweifelhaft am 20. Mai aus-
gesprochenen Willen der deutschen Wähler. (Sehr wohl! bei
den Soz.) Am 20. Mai haben die Wähler über die Politik des
Bürgerblocks, zu dessen Taten der Beschluß der ersten Rate des
Kreuzerbaues gehört, zu Gericht gelesen. Es kann kein Zweifel in
diesem hohen Hause herrschen: Am 20. Mai entschied sich das deutsche
Volk für eine Politik, die den Gedanken sozialer Gerechtigkeit, fried-
licher Verständigung und wirtschaftlichen Ausgleichs in sich schließt
(Sehr wohl! bei den Soz.)

Der 20. Mai war die Ablehnung der durch die Deutsch-
nationalen verkörperten Reichspolitik, die das Volk auch durch die
Lanzkappe ihres scheiternden Vernunftstrebens erkannte.
Daran ändert auch der ständige Ausgang des Volksbegehrens
der R P D nichts. Er zeigt nur den geringen Kredit dieser Partei
bei der Masse des Volkes. (Börm bei den Komm.) Wer aus der
relativ geringen Zahl der Unterschriften eine Billigung des Kreuzer-
baues durch die Mehrheit der Bevölkerung schließen sollte, befände
sich in einem verhängnisvollen Irrtum. (Sehr wohl!) Das geht ja
nicht nur aus der bekannten Stellung meiner Partei, der größten
Partei des deutschen Volkes hervor. Auch die gleiche Einstellung
weiter Kreise der christlichen Arbeiterbewegung und
des demokratischen Bürgertums ist bekannt, auch rechts-
gerichtete Volkskreise und alte Offiziere sind dagegen. (Um-
ruhe rechts.)

Das Parlament ist frei!

Das Experiment einer Reichstagsneuwahl unter der
ausgesprochenen Parole „Für oder gegen den Panzerkreuzer“ würde
das Ergebnis vom 20. Mai verstärkt zum Ausdruck bringen. Es
geht nicht an, dem neugewählten Parlament das Recht der
Korrektur an Beschlüssen des verstorbenen Reichstags zu nehmen.
Um eine solche Korrektur — als Konsequenz des Wahlverlustes —
handelt es sich bei unserem Antrag. (Sehr richtig!) Das Parlament
ist frei — ist nicht an Beschlüssen des verstorbenen Reichstags ge-
bunden, wie es die Regierung vielleicht sein möchte. (Wachen rechts.)
Ist Ihnen die Achtung vor Reichstagsbeschlüssen so wenig wert?
(Sehr gut! links.) Das erscheint mir besonders notwendig, wenn
ich mir die erst jetzt bekannt gemordene Tatsache vor Augen halte,
daß der Reichswehrminister sich für berechtigt gehalten hat,
die Bewilligung der weiteren Raten durch den
neugewählten Reichstag auf eigene Faust vorwegzunehmen.
Herr Groener wird sich ja sicher dazu äußern, wie er dazu kam,
für 32 Millionen Mark Aufträge für die Herstellung des Panzer-
kreuzers A im voraus zu vergeben. (Andauernde Zwischenrufe rechts
und äußerst links.) Wenn er sich dabei auf bestimmte Präzedenz-
fälle berufen will, so sage ich doch, daß dieser Fall ohne
Präzedenz dasteht. Es handelt sich hier nicht so sehr um eine
etatsrechtliche Frage, sondern um ein politisches ernstes Rangens.
Der Reichswehrminister mußte wissen, daß die Frage der weiteren
Raten im Reichstage unter dem Gesichtswinkel des Ausfalls der
Wahlen vom 20. Mai erneut behandelt werden würde.

Er mußte, welche Rolle der Panzerkreuzerbau schon bei den
ersten Verhandlungen über die Regierungsbildung spielte (Wachen
der Komm.), und daß diese Angelegenheit nur durch einen Beschluß
des Reichstags keine Klärung finden konnte. Das Volksbegehren
konnte auch anders ausfallen.

Wenn das Reichswehrministerium dem Reichstag vor eine voll-
endete Tatsache stellen wollte, erkläre ich jetzt mit doppeltem
Nachdruck, daß meine Fraktion sich diesem Zwange nicht
fügen wird!

Bravo! rechts, große Heiterkeit.) Unsere grundsätzliche Stellung zur
Reichswehr wird dadurch nicht berührt. Wir kämpfen nicht
gegen die Reichswehr, sondern um die Reichswehr. Wir wollen
sie als ein Machtmittel des freien Volkstaates und kämpfen um
das Beste, was ihr dazu noch fehlt. Wir verkennen auch nicht die
Notwendigkeit, daß die Reichswehr einen nach der See hin ver-
längerten Arm besitzt. Aber über dem Ganzen steht als höchstes



*Wir
geben bekannt,*

daß unsere Einkaufsorganisation mehr als ein Sechstel der gesamten Tabakernte Macedoniens aufgekauft hat. In den Rest teilt sich die Cigarettenindustrie der ganzen Welt.

REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

im **Araaberformat**

5 Pf.



Staats und der Reichshaushaltsordnung gehalten hat. Ich habe in meiner Erklärung bereits darauf hingewiesen, daß der Sinn des Beschlusses vom 10. August doch der war, eben die Vergabungen für den Bau zu ermöglichen.

Von dem Abg. Hedner ist die Behauptung aufgestellt worden, daß dieses Panzerschiff gegen Rußland gebaut wird und daß die Politik gegen den Sinn des Rapallo-Vertrages verstoße. Die Reichsregierung steht durchaus auf dem Boden des Rapallo-Vertrages und des Berliner Vertrages. Im übrigen werde ich diese Behauptung nicht ernst nehmen, solange sie mir nicht von dem russischen Botschafter vorgebracht wird. (Heiterkeit und Auf: Sehr gut! — der russische Botschafter Krestinski, der sich in der Diplomatienloge befindet, lächelt.)

Reichswehrminister Groener

Von den Kommunisten mit Rußen „Hundesott“ empfangen, wofür Abgeordneter Groer noch einiger Zeit einen nicht bestimmten adressierten Ordnungszettel erteilt — führt aus: Der sozialdemokratische Antrag wird in der parlamentarischen Geschichte nicht viele seines Gleichen haben. Aber ich will nicht das Politische besprechen, sondern ganz sachlich reden. Es ist bekannt, daß ich nicht ein ungelingender Flottenkämmerer bin. Da wir auch bei Aufschöpfung unserer Flotte das Landheer nicht verstärken dürfen, ist die Flotte ein Zuwachs unserer Landesverteidigung. Die Verwendung der 15.000 Marineangehörigen als Küstenschutz könnte nicht ohne langwierige Verhandlungen mit den Verbündeten geschehen. Wenn eine der großen Seemächte im Spiel ist, können wir die Ostsee nicht behalten, aber es gibt andere Konfliktmöglichkeiten, bei denen die großen Seemächte zunächst unbeteiligt sein würden.

Bei einem Ueberfall auf deutsches Gebiet muß Deutschland seine Grenzen mit aller Kraft schützen, bis der Völkerverbund oder andere Großmächte eingreifen. Dabei würde die Marine eine durch nichts zu ersetzende Funktion haben.

Die Aufrechterhaltung der Neutralität erfordert ihre Vöhrung mit bewaffneter Hand. Dabei kann die Marine eine noch wichtigere Rolle spielen als die Landmacht.

Die außenpolitischen Einwendungen gegen den Panzerkreuzerbau bezeichnet unter Außenminister als unbegründet. Wenn aber die Marine ein Lebensrecht hat, muß man ihr auch die Lebensfähigkeit erhalten und dazu kommt vor allem der Ersatz älterer Schiffe, zumal wenn diese einen jahrelangen Krieg mitgemacht haben. Ueber den Ersatz der Torpedoboote ist gar nichts gesagt worden. Die ältesten U-Boote sind schon über 20 Jahre alt, sogar Verfallsfristen ihnen nur 20 Jahre Lebensdauer zu. Gegen den U-Bootbau erhebt sich lebhafter Protest.

Das Hamburger und das Berliner kommunistische Blatt haben den hohen Kriegswert des neuen englischen 10.000-Tonnen-Kreuzers für Ostasien herorgehoben. (Große Heiterkeit.)

So große Seeschlachten wie am Stagarat dürfen nicht mehr stattfinden, da die Ueberflut verdorrt und die Sicherung gegen Luftangriffe zu gering ist. Die fremden Marinen gehen auf 10.000-Tonnen-Kreuzer zurück, wir sind auf 6.000-Tonnen-Kreuzer beschränkt, also müssen wir U-Boote bauen, die diesen 10.000-Tonnen-Kreuzern gleichwertig oder überlegen sind, und die einem überlegenen Gegner schnell genug, also leichtfertig ausweichen können. Die U-Boote-Abwehr hat sich in den letzten Stadien des Weltkriegs so verbessert, daß sie dem Angriff bereits überlegen war. Bei Tag werden diese Schiffe den U-Booten nicht standhalten können. Diese Schiffskonstruktion ist durch Verwendung leichter Metalle, leichter Maschinen und aller technisch fortschrittlichen Methoden. Die Arbeit kommt der deutschen Wirtschaft, der Stahlindustrie und der Industrie besonders im Osten zugute. Von den 50 Millionen werden etwa 55 Proz. als Lohn an den Volk zuguts kommen. Nur auf modernen Schiffen mit moderner Ausrüstung und ebensolcher Besatzung kann die Marine eine solche Ausbildung und Tüchtigkeit erlangen, daß sie nach dem Beispiel von Stagarat auch einem überlegenen Gegner standhalten kann. Ueberlegen Sie, ob Sie durch Ihre Zustimmung die Marine um ihre Entwicklung bringen wollen. Werden die Vorteile angenommen, so könnte ich meine Stellung als Reichswehrminister nicht behaupten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Treviranus (Dl.):

Die Annahme dieser Anträge wäre ein schwarzer Tag wie jener, als 1651 die deutsche Nationalität abgeschafft wurde. Aus Höflichkeit kann ich an die Rede des Abg. Weiss nicht den normalen Maßstab legen. Gegen das Kinderland hätten die Sozialdemokraten in den Gemeinden und auch der Innenminister genug tun können.

Unter lebhafter Zustimmung der Kommunisten erteilt der Redner die russischen Staatsposten für Rüftungen, zum Beispiel 700 Millionen für die Flotte; der Beifall verstummt, als der Redner hinzusetzt, daß das russische Budget nur 6,3 Millionen für Kinderposten enthält.

Ueber die Beschäftigung, die der Panzerbau den Arbeitern in Kiel verschafft, hat der Minister das nötige gesagt. Von Abüstung ist trotz aller Redensarten keine Rede. Der Seemann nach Ostpreußen ist nur dann sicher, wenn seine Störung zu rasant ist. Es besteht noch gar keine Sicherheit, daß das Beispiel von Tyrone, Bina und Remel nicht noch einmal nachgemacht wird. Rohstoffbesitz muß gesichert, eine neue Hungerperiode verhindert werden. Ostpreußen müssen wir zeigen, daß wir es nicht preisgeben werden und nicht als Insel betrachten wollen. Es geht um gar nicht um das Panzerschiff, sondern um die Wehrfähigkeit und den Wehrstand. Nicht Frieden um jeden Preis; mit dem Gedankens als Idee kann man das deutsche Volk nicht befriedigen, solange diese Umwelt besteht. Die Einstellung eines Wehrausbaus ist der Sozialdemokratie zeig, daß dort genug Leute sind, die Gefahr in der Zukunft sehen, die uns von unseren Nachbarn droht. Mit dem Reichswehrminister und dem Reichspräsidenten die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes die Wehrfähigkeit. Die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes führt dazu, daß ein Minister unehrliche Politik der Sozialdemokratie führt, daß ein Minister bezwungen wird, mit gespaltener Zunge zu reden. Nach der Verteilung bestimmt der Reichskanzler die Regierungspolitik. Es dürfte also nicht ein Minister im anderen Sinne sprechen als der Kanzler. Die letzten Tage haben in den Ausschüssen bereits gezeigt, daß die Regierungspolitiker nicht mehr Wert darauf legen, sich zur Regierung zu bekennen. Die Sozialdemokraten möchten sich jetzt zurückziehen, das geht aber nicht, denn wir erwarten von ihrer Regierung noch weitere Erziehungsarbeit am Volke. (Heiterkeit rechts.) Darum und im Gedanken an unsere Ostmark stimmen wir gegen die Anträge. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Müller:

Gegenüber den Anträgen des Abg. Treviranus mache ich zunächst darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um eine Angelegenheit handelt, die von dem gegenwärtigen Kabinett dem hohen Hause vorgelegt worden ist, sondern daß wir von der bisherigen Regierung eine Erbschaft übernommen haben, die wir zu verwalten haben. Jeder, der meine Erklärung gehört hat, muß wissen, daß das Kabinett nur gemäß der Staatsgesetzgebung und der Haushaltsordnung gehandelt hat, so daß in dieser Beziehung Vorwürfe nicht zu erheben sind. Es ist ausdrücklich in dieser Erklärung festgelegt, daß materiell eine Entscheidung vom 10. August von den einzelnen Ministern nicht verlangt worden ist. Es geht auch unmöglich an, daß, wenn bei Neuwahl ein Kabinett aus anderen Parteien zusammengestellt wird, verlangt werden kann, daß die Minister das verleugnen, was sie vorher gefordert haben.

Das ist selbstverständlich, daß, nachdem der Deutsche Reichstag Beschlüsse hat, zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei Stellung zu nehmen, die einzelnen Mitglieder des Kabinetts ihre persönliche Auffassung haben.

Abg. Treviranus hat sich darauf bezogen, daß nach Art. 56 der Reichsverfassung der Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat. Ich gebe in diesem Falle zu, daß nach dem Abstimmungsergebnis zunächst einmal die Mehrheit des Kabinetts nicht vollständig meiner Auffassung ist. Aber Sie können verstehen sein, wenn deswegen der Wunsch mir gegenüber ausgesprochen werden wäre, ich solle aus diesem Grunde demissionieren, dann hätte ich mir das sehr überlegt. Ich habe ganz loyal im Kabinett dem Reichswehrminister die Möglichkeit gegeben, seine Stellungnahme zum Bau des Panzerschiffes darzulegen. Mehr konnte unter den gegebenen Umständen nicht verlangt werden. Nun will ich ganz offen sein, ich liebe es nicht, Verleumdungen zu spielen oder zu beschletern. Es ist mir persönlich die Frage vorgelegt worden, ob ich als Kanzler dieser Regierung nicht wenigstens bereit gewesen wäre, mich von meiner Fraktion zu trennen. Es ist unbekannt geblieben, daß ich das in meiner Fraktion geteilt, ausdrücklich dargelegt habe, welche Gründe dafür sprechen könnten. Es handelt sich um eine Vorlage, die eigentlich die Spitze der früheren Regierung angeht. Es ist bekannt, daß in den Verhandlungen, die gestern stattgefunden haben, auch davon die Rede war, daß unter Umständen das Abstimmungsergebnis von einer oder zwei Stimmen abhängen würde. Ich glaube, es spricht viel dafür, daß in einer solchen Situation eine Fraktion keinem einzigen Mitglied die Zustimmung freigeben will. Es ist doch auch gesagt worden, daß unter Umständen eine Krise größerer Umfanges aus dem Abstimmungsergebnis entspringen könnte, und ich glaube, es kann einer Partei schwer zugemutet werden, wenn tatsächlich der Reichstag dieser Artlegung folgen sollte, in einem Wahlkampf hineinzugehen, nachdem die Partei ausdrücklich eines ihrer Mitglieder von der Abstimmung entbunden hat. Ich sage das mit Bezug auf Ausführungen, die heute morgen wegen der Stellungnahme der demokratischen Partei in einem Teil Ihrer (zu den Dnats.) Presse gefunden haben. Ich bin überzeugt, wenn ich der Abstimmung ferngeblieben wäre, dann hätte anderen Tages in einem Teile Ihrer Presse gestanden: Das ist der Mann, der an seinem Amt leidet! (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist nämlich der Vorwurf, der in einem Teile der deutschnationalen Presse heute morgen den demokratischen Ministern gemacht worden ist. Die sozialdemokratischen und demokratischen Minister konnten gar nicht anders handeln.

Abg. Treviranus hat sich darauf bezogen, daß nach Art. 56 der Reichsverfassung der Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat. Ich gebe in diesem Falle zu, daß nach dem Abstimmungsergebnis zunächst einmal die Mehrheit des Kabinetts nicht vollständig meiner Auffassung ist. Aber Sie können verstehen sein, wenn deswegen der Wunsch mir gegenüber ausgesprochen werden wäre, ich solle aus diesem Grunde demissionieren, dann hätte ich mir das sehr überlegt. Ich habe ganz loyal im Kabinett dem Reichswehrminister die Möglichkeit gegeben, seine Stellungnahme zum Bau des Panzerschiffes darzulegen. Mehr konnte unter den gegebenen Umständen nicht verlangt werden. Nun will ich ganz offen sein, ich liebe es nicht, Verleumdungen zu spielen oder zu beschletern. Es ist mir persönlich die Frage vorgelegt worden, ob ich als Kanzler dieser Regierung nicht wenigstens bereit gewesen wäre, mich von meiner Fraktion zu trennen. Es ist unbekannt geblieben, daß ich das in meiner Fraktion geteilt, ausdrücklich dargelegt habe, welche Gründe dafür sprechen könnten. Es handelt sich um eine Vorlage, die eigentlich die Spitze der früheren Regierung angeht. Es ist bekannt, daß in den Verhandlungen, die gestern stattgefunden haben, auch davon die Rede war, daß unter Umständen das Abstimmungsergebnis von einer oder zwei Stimmen abhängen würde. Ich glaube, es spricht viel dafür, daß in einer solchen Situation eine Fraktion keinem einzigen Mitglied die Zustimmung freigeben will. Es ist doch auch gesagt worden, daß unter Umständen eine Krise größerer Umfanges aus dem Abstimmungsergebnis entspringen könnte, und ich glaube, es kann einer Partei schwer zugemutet werden, wenn tatsächlich der Reichstag dieser Artlegung folgen sollte, in einem Wahlkampf hineinzugehen, nachdem die Partei ausdrücklich eines ihrer Mitglieder von der Abstimmung entbunden hat. Ich sage das mit Bezug auf Ausführungen, die heute morgen wegen der Stellungnahme der demokratischen Partei in einem Teil Ihrer (zu den Dnats.) Presse gefunden haben. Ich bin überzeugt, wenn ich der Abstimmung ferngeblieben wäre, dann hätte anderen Tages in einem Teile Ihrer Presse gestanden: Das ist der Mann, der an seinem Amt leidet! (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist nämlich der Vorwurf, der in einem Teile der deutschnationalen Presse heute morgen den demokratischen Ministern gemacht worden ist. Die sozialdemokratischen und demokratischen Minister konnten gar nicht anders handeln.

Alles für die Rentabilität.



Der Reichsarbeitsminister: „Sie behaupten, daß Ihr Betrieb bei Lohnerhöhung nicht mehr rentabel sei, aber jetzt werfen Sie durch die Ausperrung weit mehr Geld ins Wasser, als die Lohnerhöhung Sie kosten würde!“

Der Ruhrindustrielle: „Ja, sehen Sie: für die Rentabilität meines Betriebes ist mir eben kein Opfer zu teuer!“

Bayerns Defizit.

Ein Klagegedicht des bayerischen Finanzministers.

Mit einem Defizit von 44 Millionen im ordentlichen Haushalt legte der bayerische Finanzminister dem Landtag, der am Dienstag zu seiner Winterarbeit zusammentrat, den Etat für 1929 vor. Die gesamten Haushaltsaufträge des Freistaates Bayern seit Inflationsende sind damit einschließlich des jetzigen Defizitvorschlages auf rund 143 Millionen angewachsen, wobei der für das laufende Etatjahr 1928 auf 24 Millionen geschätzt ist.

Das Haushaltsdefizit von 44 Millionen ergibt sich aus 740,5 Millionen Einnahmen und 834,5 Millionen Ausgaben. Das bedeutet eine Steigerung der Einnahmen im kommenden Haushaltsjahr um 5 Prozent und eine Steigerung der Ausgaben um 8 Prozent. Eine Verbesserung der Einnahmen aus eigener Kraft soll durch Erhöhung des Gewerbesteuerzins und durch Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen erreicht werden. Allerdings werden dadurch im besonderen die Kleinen und mittle-

ren Betriebe getroffen. Außerdem befürwortete der Minister eine wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, die eine Reichsteuer ist, weil ihr jetziges Aufkommen bei weitem nicht die Kosten der Straßenunterhaltung deckt. Dagegen wandte er sich scharf gegen eine eventuelle Erhöhung der Biersteuer, weil sich daraus eine besonders schwere Belastung der bayerischen Wirtschaft ergeben würde. In der Tatsache, daß der Steuerertrag auf den Kopf der Bevölkerung in Bayern von 41 Mark vor dem Kriege auf 77 Mark im Jahre 1926 gestiegen ist, während sich in den anderen deutschen Ländern im Durchschnitt diese Spanne von 43 bis 93 Mark bewegt, sieht der Minister einen Beweis für die geringere Steuerkraft der bayerischen Bevölkerung. Gleichzeitig zeigte er an einer anderen Statistik, daß in Bayern auf den Kopf der Bevölkerung die größten staatlichen Leistungen für die Kirchengerichtsdienste gelegt sind, nämlich 4,32 Mark.

Ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß ich aus meinem Herzen keine Rädergrube mache und zu dem sage, was ich sage. Ich kann mir daher den Vorwurf der Unehrlichkeit verbitten! (Erneuter stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Kommunisten: Herr Präsident! Unehrlich hat der Westarp gesagt! Haben Sie das nicht gehört?)

Noch einige Bemerkungen über Ostpreußen.

Als der Reichswehrminister mir sagte, daß es eine Auffassung gäbe, als erlaube man in Deutschland Ostpreußen alles abgeschrieben, habe ich ihn ermahnt zu erklären, daß niemand in Deutschland Ostpreußen als abgeschrieben ansieht.

Abg. Graf Westarp: Abstimmung über den Panzerkreuzer!

Reichskanzler Müller: Man kann sich auch über andere Maßnahmen für Ostpreußen unterhalten, ich halte z. B. die Herstellung einer lebendigen Mauer an der Grenze durch die Ansiedlung deutscher Bauern für ungeheuer wichtig. (Sehr richtig! bei den Soz. Unruhe rechts.) Herr Treviranus antwortete mir, daß keine Rede davon sein kann, daß die Sozialdemokratie den Wehrgegnen absieht. Die ganze militärische Entwicklung geht dahin, daß Länder mit der allgemeinen Volksbevölkerung offen gerüstet sind, während man von uns immer behauptet, daß bei uns stille Reservisten seien. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratische Partei jemals für einen Frieden um jeden Preis gewesen wäre. Als diese Frage aktuell war, hat sie zur rechten Zeit für die Wehrzeit gelobt. Der Schluß der Rede des Abg. Treviranus hat mich überrascht. (Lebh. Zwischenrufe rechts: Sie sind das Opfer Ihrer Leute da draußen!) Ich muß sagen, über das Bestehen der Reichsregierung haben zu entscheiden das Kabinett oder das hohe Haus.

Sie haben die Gelegenheit, gegen die von mir geführte Regierung ein Misstrauensvotum einzubringen, aber Sie mögen auch das Bewußtsein haben, daß die für ein Misstrauensvotum stimmen, gemäß dem parlamentarischen System dafür zu sorgen haben, daß eine neue Regierung kommt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Graef teilt mit, daß die kommunistische Fraktion ein Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler Müller wegen der Politik der Ausrüstung und ein Misstrauensvotum gegen den Reichswehrminister wegen seiner Kriegsrufe eingebracht hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Leicht (Bayer. Sp.) — mit dem Zuruf der Kommunisten empfangen: Jetzt wird der Panzerkreuzer eingeschmet (Große Heiterkeit) — nämlich die Ablehnung der Anträge, die nur aus parteipolitischen Gründen gestellt sind, durch keine Fraktion an. (Auf von den Kommunisten: Amen! Heiterkeit.) Zu früh, die Hauptfrage kommt erst: Die Verantwortung für die Folgen dieser Aktion lastet auf ihren Urhebern! (Beifall rechts.)

Um 6 1/2 Uhr abends verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittags 2 Uhr.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
 Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
 Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt

Frisches Fleisch

- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund **0.80**
- Querrippe Pfd. **0.75** Gulasch Pfd. **0.80**
- Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knoch. **1.00**
- Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund **1.25**
- Hammel-Vorderfleisch . . . Pfund **0.96**
- Gehacktes Pfd. **0.75** Linsen Pfd. **0.95**
- Kalbshamm u. Brust . . . Pfund **0.74**
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund **0.85**
- Kalbskeule ganz und geteilt . . . Pfund **0.95**
- Schweinebauch u. Rücken mit Belage **1.04**
- Schweinekamm u. Blatt m. Beilg., Pfd. **1.10**
- Schweineschinken . . . Pfund **1.15**
- Kaßler Speer u. Kamm . . . Pfund **1.20**

- Schweinekotelett . . . Pfund 1.30**
Kalbsschnitzel . . . Pfund 2.20
- Prima Gefrierfleisch**
- Suppenfleisch . . . Pfund **0.65**
 - Rinderkamm u. Brust . . . Pfund **0.70**
 - Kuh-Euter Pfd. **0.30** Herzen Pfd. **0.65**

Kolonialwaren

- Weizengriß Pfund 21 Pfl. Brud-Reis Pfund 18 Pfl.
- Hartgriß . . . Pfund 24 Pfl. Bassin-Reis Pfund 22 Pfl.
- Haferflocken Pfd. 24 Pfl. Java-Reis Pfund 29 Pfl.
- Makkaroni Pfd. 38 Pfl. Linsen gut kochend 38 Pfl.
- Eier-Schnitt-Nud. 40 Pfl. Bosn. Pflaum. 36 Pfl.
- Eier-Faden-Nud. 42 Pfl. Gem. Backobst 48 Pfl.

Konfitüren

- Konsum-Keks . . . Pfund 90 Pfl.
 - Krem-Schokolade (Apfelsine u. Himbeer) 2 Tafeln 45 Pfl.
 - Vollmilch-Schokolade . . 8 Tafeln à 80 Gramm 85 Pfl.
 - Milchkaramell. Pfd. 45 Pfl. Olympia-Kakao Pfd. 1 M
 - Tee-Misch. Darjeeling Ceylon China Indien Ceylon II
- 1/4 Pfund 2 M 1.85 1.70 1.55 1.25

Obst u. Gemüse

- Kohlrabirten Pfund 18 Pfl.
- Tafelbirnen Pfund 25 Pfl.
- Eß- u. Kochäpfel 18 Pfl.
- Goldparmänen Pfd. 25 Pfl.
- Tafeläpfel rote, Pfd. 25 Pfl.
- Kranzjeigen Pfund 28 Pfl.
- Kaliß. Tafeläpfel 45 Pfl.
- Kiste ca. 45 Pfl. brutto 15.75
- Ananas Pfund 78 u. 88 Pfl.

Amerik. Äpfel

- 3 Pfund **95 Pfl.**
- Möhren gewasch. Pfund
- Weißkohl 8 Pfl.
- Wirsingkohl 8 Pfl.
- Rotkohl 8 Pfl.

- Sellerie . . . Pfund 18 Pfl.
- Rosenkohl Pfund 20 Pfl.
- Blumenkohl neuer La', Kopf 30 u. 40 Pfl.
- Schwarzwurzeln 36 Pfl.
- Kartoffeln Winterrote, Zentner 3.50**
- Zusendung in Groß-Berlin per Zentner 80 Pfl. Aufschlag, Seckpfund N.Pfl.

Räucherwaren

- Fettbücklinge 30 u. 38 Pfl.
- Schellfische Pfund 40 Pfl.
- Kieler Bücklinge 45 Pfl.
- Flundern . . . Pfd. 52 Pfl.
- Sprotten I . . . Pfund 60 Pfl.
- Seelachs u. Raibars in Stück, Pfd. 62 Pfl.
- Bundcaale . . . Bund 35 Pfl.

Kaffee

- frisch geröstet, eigene Mälsterel
- Konsum-Misch. Pfd. 2.40
- Haushalt-Misch. „ 2.60
- Sonder-Misch. Pfd. 3.00
- Olympia-Misch. Pfd. 3.40
- Globus-Misch. Pfd. 3.80
- Residenz-Misch. „ 4.20
- Spezial-Mischung
- Bohnenkaffee 67 Pfl. 40%, 1.10

Rotti Krone

- Böfkkorn gekörnte Fleischbrühe
- Dose 60 Gramm **65 Pfl.** Dose 125 Gramm **1.20**
- 1/4 Pfl.-Dose **2.25** 1 Pfl.-Dose **4.20** 2 Pfl.-Dose **7.80**

Saucen

- Erdbeeren, Tomaten, Pilz, Gurkensch
- Sardellen, Kapern, Medice
- Würfel **12 Pfl.**

Legierte Suppen

- Ochterschwanz, Geflügel, Wildpret, Erbsen
- in Fädelbrust, Erbsen m. Speck u. Schinken,
- Erbsen, Reis, Reis mit Tomaten,
- Hitz, Sternchen u. a., Diegel 3 St. **65 Pfl.**

Echte Fleischbrüh-Würfel

- Dose 10 Stück **40 Pfl.** 25 Stück **1 M**
- 50 Stück **2 M** 100 Stück **3.75**

Würze

- in Größen von **35 Pfl. b 6 M**

Wurstwaren

- Rol- u. Dampfurst 1.10
- Pökefleisch gekocht 1.80
- Landleberwurst Pfd. 1.20
- Speck fett 1.40 mager 1.50
- Jagdwurst Pfund 1.45
- Schinkenspeck Pfd. 1.80
- Mettwurst Braunschwe. Art. Pfund 1.45
- Nußschinken ca. 2 Pfl. schwer, Pfd. 1.95
- Schinkenpolnische 1.55
- Filetwurst Pfund 1.55
- Keis. ad. Bevent'scher Vr. Marini: Berl. Mettwurst Pfd. 1.20
- Leberwurst feine, Pfd. 1.80
- Bierwurst . . . Pfund 1.60
- Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfund 1.80
- Teewurst . . . Pfund 1.70

Käse u. Fette

- Camembert vollfett, rund und 25 Pfl. Schachtel 78 Pfl.
- Halbmond, Schacht. 25 Pfl. 6 Portionen
- Schweizer vollfett, ohne Rinde, Schachtel 6 Portionen 78 Pfl.
- Stangen-Limburger halbfett 48, 55 Pfl. vollfett, Pfd. 1.05
- Edamer halbfett . . . Pfd. 85 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.18
- Holländer halbfett . . . Pfd. 85 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.18
- Steinbuscher halbfett . . . Pfd. 78 Pfl. vollfett . . . Pfd. 1.10
- Schweizer österr. dreiviertel fett Pfd. 98 Pfl. bayr. vollfett Pfund von 1.40
- Tilsiter vollfett l. Pfund 1.15
- Steppenkäse halbfett Pfund 82 Pfl.
- Blockkäse, ohne Rinde:
- Tilsiter halbfett Pfd. 88 Pfl. Schweizer 1/4 fett, Pfd. 1.18
- Speisetalg Pfd.-Pak. 52 Pfl. Nur beste Qualitäten
- Margarine Pfd. 52, 58 Pfl. Tafelbutter Pfund 2.16
- Kokosfett Pfd.-Tafel 62 Pfl. Dänische Butter Pfd. 2.36

Konserven

- Brudspargel stark 2.85
- Spargel mittelsterk 2.95
- Spinal 48 Pfl.
- Pflaumen mit Stein 65 ohne Stein 82 Pfl.
- Jg. Bred. Bohnen 60 Pfl.
- Jg. Brechbohnen I 75 Pfl.
- Apfelmus 1/2 D. 0.42 0.72
- Kirschen 1.05
- Mirabellen . . . 1.00
- Haushalt-Gemüse 75 Pfl.
- Gemischt. Gemüse mittelstark 1.12
- Ananas gewasch. 1.05
- Junge Erbsen mittelstark 78 Pfl.
- Reineclauden 1.25
- Junge Erbsen sehr fein 1.50
- Olssardinen 1/4 Klubb. 1.4
- Sellerie in Schelben 1.00
- portugiesische 0.35 0.42
- Brieslinge norw. 0.50

Konfitüre, 1/2 Eimer

- Vierfrucht 82 Pfl. Aprikosen 1.10 Erdbeer 1.30
- Johannisbeeren, Orange 1.15 Kirschen 1.35

Fische

- Bratschollen Pfund **0.20 0.25**
- Schellfische Pfund **0.26**
- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund **0.28 0.35**
- Goldbars ohne Kopf, Pfund **0.32**
- Fischillet Pfund **0.45**
- Grüne Heringe feine englische, Pfund **0.18**
- Lebende Karpfen Pfund von **0.90 an**
- Lebende Hechte Pfund von **0.96 an**

Geflügel u. Wild

- Bratgänse, Puten . . . Pfund von **1.05 an**
- Suppenhühner feinst geschlachtet Pfund von **1.10 an**
- Fettgänse Pfund von **1.15 an**
- Junge Enten Pfund von **1.15 an**
- Poulets feine Pfund von **1.25 an**
- Wartbruchter Gänse Pfund von **1.25 an**
- Wildenten Stück von **2.85 an**
- Nasen u. Kaninchen getreift u. ausgeworfen, Pfund von **1.10 an**
- Rehblätter Pfund von **1.10 an**
- Kirsch und Wildschwein billigst

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

- San Antonio milder Tischwein **95 Pfl.**
 - Tarragona kräftig, rot 1.00
 - 1927 Wöllsteiner süßiger Rheinhesse 1.00
 - 1927 Gleiszeller Kirdberg angenehme Tischwein 1.10
 - 1927 Grünstadler Röth süßiger Pfälzer 1.35
 - 1926 Liebframild neue Kapsel, bestech., gehalt. 1.50
 - 4 besonders empfehlenswerte 1921er
 - 1921 Jugendheim Goldberg Wachstum Viehl 1.80
 - 1921 Schloß Böckelheimer Kellerer Haseltail . . 1.90
 - 1921 Oppenheimer naturrein 2.00
 - 1921 Niersteiner Domtal violette Kapsel . . . 2.20
 - Deutscher Weinbrand-Verschnitt 2.60
 - Jamaika-Rum-Verschnitt * 40 Vol.-Prozent . . 3.00
 - Halb & Halb Likörspesialität, 1/2 Champagnerflasche 3.25
- Wein vom Faß zu Extra-Preisen**

Großer Eröffnungs-Verkauf!

zu extra billigen Preisen!



Maßanzüge in Verarbeitung von **95.00**

Modenhaus
 zum **Regenbogen**
 Schönhauser Allee 145 Ecke Kastanienallee
 Filiale: Müllerstraße 145 (U.-Bahn Seestraße)